

Deutschland hat Zukunft – 10 Jahre Finanzmarktkrise

Montag, 23. April 2018 um 18:00 Uhr

Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Finanzmarktpolitik – eine Kursbestimmung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident Benedikt,

sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter
Radwan,

sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter
Janecek,

sehr geehrter Herr Mayer,

sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlich willkommen zu unserem Deutschland hat
Zukunft-Kongress „Zehn Jahre Finanzmarktkrise“.

Herr Staatsminister Pschierer kommt etwas
später, zur Podiumsdiskussion wird er bei uns
sein. Ich freue mich über jeden Einzelnen, der
heute gekommen ist.

Es ist sinnvoll, die Vergangenheit zu reflektieren,
um Fehler nicht zu wiederholen. Wir alle sind
gefordert die richtigen Lehren aus der Finanz-,
Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise zu ziehen.

Um die Risiken neuer Verwerfungen zu
minimieren,

– brauchen wir nachhaltiges Wachstum,

- reformbereite Staaten, die den Willen haben, ihre Wirtschaftssysteme wettbewerbsfähig zu machen und
- dauerhaft starke Finanzinstitute.

Im September 2008 brach das Bankhaus Lehmann Brothers zusammen. Die Finanzmarktkrise hatte ihren Auslöser, die Folgen waren verheerend.

Im Dezember 2008 hielten wir es als vbw für angemessen, eine Position zum Thema zu publizieren. Wir wollten damit einen Teil dazu beitragen, Ordnung ins Chaos zu bringen.

- Wir haben uns dafür eingesetzt, die unmittelbaren Krisenfolgen einzufangen, den Kapitalabzug aus Banken zu verhindern und das Geschäft zwischen Banken wieder zu beleben.
- Wir haben gefordert, den Ordnungsrahmen für die internationalen Finanzmärkte weiter zu entwickeln.
- Unser Anliegen war es zudem, die Finanzierung der Realwirtschaft sicherzustellen.

- Schließlich haben wir dazu aufgerufen, die Krise gesellschaftspolitisch aufzuarbeiten und dabei populistischen Fehlinterpretationen entgegenzuwirken.

Viele regulatorische Neuerungen haben dazu beigetragen, dass sich die Situation im Jahr 2018 stark von der im Jahr 2008 unterscheidet. Hierzu möchte ich Ihnen ein paar Beispiele nennen:

- Eigenkapital- und Solvenzvorschriften für Finanzinstitute wurden deutlich verschärft. Insgesamt hat die Regulierung die Banken stabilisiert.
- Die EU hat zur Einlagensicherung einen einheitlichen Rechtsrahmen geschaffen.
- Für Insolvenzfälle entstand ein neuer Restrukturierungsrahmen, der private Bankengläubiger in die Pflicht nimmt.
- Der Ordnungsrahmen für den Handel mit Wertpapieren und Derivaten sieht heute ganz anders aus als damals.
- Die Aufsicht über das Banken- und Versicherungswesen wurde auf die europäische Ebene gezogen. Ein Teil der Aufgaben wurde der EZB zugewiesen.

- Die EU-Mitgliedsstaaten haben Reformen vorangetrieben und müssen scharfe fiskalpolitische Auflagen einhalten.

Diese und andere Maßnahmen hatten entsprechende Auswirkungen:

- Die in der Krise eingebrochene Wertschöpfung in der Eurozone hat sich wieder erholt. Das durchschnittliche BIP pro Kopf lag 2008 bei 28.900 Euro, ging 2009 auf 27.800 Euro zurück und hat 2017 32.700 Euro erreicht.
- Stark angeschlagene Euro-Staaten wie Irland, Portugal, Spanien und Griechenland sind wieder auf die Beine gekommen.
- Die durchschnittliche Eigenkapitalquote im deutschen Mittelstand, 2007 bei 24,6 Prozent, hat 2016 30 Prozent erreicht.
- Die Haushaltslage der Eurostaaten stabilisiert sich. Infolge der Finanzkrise stieg das durchschnittliche Haushaltsdefizit der Eurostaaten zeitweise auf über sechs Prozent des BIP. Für 2016 weist Eurostat ein Defizit von 1,5 Prozent aus.

Die solide konjunkturelle Entwicklung kommt auch den Finanzinstituten entgegen.

Zur Realität gehört aber auch, dass die Konjunktur von der expansiven Geldpolitik der EZB „künstlich“ unterstützt wird. Ein nachhaltiger Aufschwung sieht anders aus.

Um die Lage zu verbessern, müssen wir Folgendes beachten.

Erstens: Wir brauchen echtes Wachstum!

Die niedrigen Zinsen begünstigen die Entwicklung gefährlicher Blasen, beispielsweise auf dem Immobilienmarkt. Die EZB muss einen Ausweg aus dieser Niedrigzinsphase finden, um eine gesunde Basis für das Kreditgeschäft zu schaffen.

Zweitens: Europa muss seine Hausaufgaben machen.

Die Arbeit an einer europäischen Kapitalmarktunion muss fortgesetzt werden.

Dies bedeutet aber nicht, dass einzelne Länder für die Versäumnisse ihrer Nachbarn den Kopf hinhalten.

Teile der europäischen Politik wollen noch immer Strukturen schaffen, in denen nationale wirtschaftliche Risiken auf andere Staaten abgewälzt werden. Das ist nicht hinnehmbar!

Stattdessen müssen die Mitgliedstaaten der EU ihre Reformarbeit fortsetzen und noch mehr Engagement bei der Haushaltskonsolidierung zeigen – im Sinne wettbewerbsfähiger Wirtschaftsordnungen.

Das gilt auch für Deutschland.

Drittens: Die Rahmenbedingungen für Finanzinstitute müssen sich verbessern!

Die gesamte Gesellschaft profitiert von starken und stabilen Finanzinstituten. Im Sinne einer vernünftigen Ordnungspolitik müssen wir deshalb viele kleinteilige Anpassungen in der Finanzmarktregulierung vorantreiben.

Das reicht von mittelstandsgerechten Eigenkapitalauflagen bis zu abgemilderten

Berichtspflichten für kleine Banken und einer Begrenzung der Bürokratie in der Kundenberatung.

Doch auch die Finanzinstitute selbst sind gefordert: Eine Schlüsselaufgabe ist zum Beispiel die Digitalisierung. Durch die vielen neuen Plattformen steigt hier zwar die Wettbewerbsintensität.

Es eröffnen sich aber auch zusätzliche Chancen. Zu nennen sind hier beispielsweise einträgliche Kooperationsmöglichkeiten mit neuen Marktteilnehmern. Wo nötig, müssen wir auch den Ordnungsrahmen im Hinblick auf diese neuen Chancen weiterentwickeln.

Zudem müssen wir die Partnerschaft zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft weiter stärken.

Meine Damen und Herren,

Unter dem Strich sind wir – zumindest Stand heute – gut aus der Krise gekommen. Europa und die Eurozone sind wieder auf Wachstumskurs.

Es ist zu hoffen, dass das nicht nur Schein ist und die EU-Mitgliedsstaaten tatsächliche Reformen durchführen.

Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und Däumchen drehen. Die EU-Staaten müssen jetzt ihre Hausaufgaben machen. Auch die neue Bundesregierung ist gefragt. Die Fülle der sozialpolitischen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag darf ein nachhaltiges Wachstum in Deutschland nicht verhindern.

Andernfalls werden wir spätestens beim nächsten Abschwung die Rechnung bezahlen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.